



GEMEINDE APEN

natürlich lebenswert

13.02.2020

Beschlussvorlage

Sachbearbeiter:	Henning Jürgens
Verfasser:	
V-Nr.:	VO/644/2020
Beratungsfolge:	Datum:
Jugendausschuss	24.02.2020
Verwaltungsausschuss	03.03.2020

Zuständigkeitsprüfung:

§ 76 (1) NKomVG	Rat: <input type="checkbox"/>	VW-A: <input checked="" type="checkbox"/>	BM: <input type="checkbox"/>
bzw.			

Betreff:

Ergebnis der Jugendbefragung - Anträge von Hermann Tammen & Ingo Diers zu jugendpolitischen Gremien

Sachverhalt:

Im Jugendausschuss wurde in den zurückliegenden Sitzungen über die Form der politischen Partizipation von Jugendlichen diskutiert. Nicht zuletzt hatte dies seinen Ursprung im Beteiligungsprozess im Rahmen der Planerstellung zur Dorferneuerung. Grundsätzlich klang in den Diskussionen der Tenor mit, dass man junge Menschen bewegen wollte, an Entscheidungen teilhaben zu lassen und somit Heranwachsenden die Chance bieten, über die bisher bekannten Möglichkeiten hinweg, Verantwortung zu übernehmen, um einen Beitrag dazu zu leisten, dass man dem gesamtgesellschaftlichen Auftrag, Unterstützung auf dem Weg zum mündigen Bürger zu gewähren, gerecht wird. Hierbei kommt einer Kommune vor Ort sicherlich eine erheblichere Bedeutung zu als vielleicht anderen Institutionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Neben den bisher bekannten praktizierten Modellen dieser Form der politischen Beteiligung bzw. Teilhabe, hat man sich innerhalb der Beratungen jedoch davon leiten lassen, dass man eine Bedarfsermittlung anstrengen möchte, um nicht ein Angebot an einem Bedarf vorbei zu etablieren. Über die Erfahrungen von Jugendparlamenten in anderen Kommunen



wurde ein reger Austausch gepflegt. Vor diesem Hintergrund hat die Gemeindeverwaltung in Zusammenarbeit mit der Nord-West-Planungsgesellschaft mbH (NWP) eine Befragung auf den Weg gebracht unter dem Motto „mitmachen, mitentscheiden, mitgestalten“ (Fragebogen s. Anlage). In Zeiten von anonymisierten Diskussionen in sozialen Netzwerken, in denen dennoch Jugendliche durch Freitagsdemonstrationen und engagierten Umweltaktivismus ihren Forderungen ein Gesicht gegeben haben, scheint dies eine Form der Beteiligung gewesen zu sein, die mutmaßlich einen „Zeitgeist“ bedient.

In der Zeit vom 02.12.2019 bis 05.01.2020 hat eine Befragung von Jugendlichen im Alter von 11 bis 19 Jahren stattgefunden. Neben allgemeinen Fragen zum Alter, Wohnort, Schulabschluss usw. wurden Themenblöcke wie „Schule“, „Freizeit“, „Politik“ und „Zukunft“ abgefragt. In einem weiteren Schritt hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Kontaktdaten anzugeben, wenn man sich z.B. konkret politisch einbringen möchte oder wenn man z.B. konkret bei der Gestaltung des Jugendtreffs dabei sein möchte. Diese Befragung wurde medial beworben, über Banner und Plakate beworben aber auch in direkter Ansprache über Sportvereine, Jugendfeuerwehr und natürlich über die größte homogene Gruppe, die Ansprache über Schule. Die Teilnahme an der Befragung war online über die Homepage der Gemeinde Apen bzw. durch das Abscannen eines QR-Code möglich.

Die potenziell zu befragende Personengruppe umfasste 1001 Personen (Geburtenintervall 05.01.2001 – 05.01.2009). Insgesamt haben 124 Personen an der Befragung teilgenommen, wovon 80 Personen den Fragebogen komplett ausgefüllt haben, 44 teilweise. Neun Personen haben einer politischen Beteiligung zugestimmt, vier Personen der Mitgestaltung des Jugendtreffs, 21 Personen haben der Teilnahme an dem Gewinnspiel zugestimmt. NWP hat alle Angaben anhand der absoluten Zahlen ausgewertet und wird diese Auswertung in der Jugendausschusssitzung präsentieren.

Parallel wurden von den SPD-Senioren wie auch dem Jugendvertreter Ingo Diers Anträge formuliert, die zum Inhalt haben, dass ein Jugendgemeinderat bzw. ein Jugendbeirat initiiert werden möge (s. Anlage).

Verwaltungsseitig ist man bereits zum jetzigen Zeitpunkt der Ansicht, dass eine Form der politischen Partizipation aufgrund der Umfrageergebnisse initiiert werden sollte. Losgelöst von der absoluten Zahl ist dieser Wille dennoch bekundet worden. Mit Blick auf die detaillierte Darstellung der Ergebnisse während der Sitzung durch NWP und der weiteren Impulse, formuliert über die benannten Anträge, sollte über weitere Schritte bzw. eine Form der Partizipation beraten werden und seitens der politischen Vertreter eine Empfehlung für die Verwaltung formuliert werden.

Finanzielle Auswirkung:

Beschlussvorschlag:

Die Form der politischen Partizipation wird in den Fraktionen beraten. Die Fraktionen mögen das Ergebnis der Beratungen der Verwaltung mitteilen, damit in einem nächsten Jugendausschuss (terminiert auf den 07.09.2020) ein Beschluss erarbeitet werden kann und die Verwaltung einen entsprechenden Umsetzungsauftrag erhält.

Anlagen:

Fragebogen

Antrag Jugendvertreter

Antrag SPD-Senioren